

Vereinfacht formuliert, sah die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach 1945 die Nachkriegswirkungen des „III. Reiches“ politisch vor allem im Zusammenbruch des Reiches und in der moralischen Diskreditierung durch die Verbrechen, wirtschaftlich in den Zerstörungen, deren Ausmaß sie im übrigen vor allem für den Industriesektor weit überschätzte. Die vielfach harte, widersprüchliche und oft konzeptionslose Praxis der Besatzungspolitik, wie sie für die französische Zone einleitend skizziert wurde, trug wesentlich dazu bei, in den Maßnahmen der Alliierten den Ausgangspunkt für die meisten Schwierigkeiten zu sehen – die Ernährungsdiskussion im Badischen Landtag ist nur ein Beispiel für eine Reaktion, die auch in der kollektiven Erinnerung vorherrscht.²

Nicht ganz so vereinfacht wie heute im Rückblick, aber doch eindeutig war das Urteil der Bevölkerung auch schon kurz nach dem Krieg. Eine im Auftrag der Militärregierung im September 1946 in Baden durchgeführte Meinungsumfrage ergab, daß 40 % der Befragten die unzureichende Ernährungslage auf die Anwesenheit der Besatzungstruppen zurückführten.³ Soweit die Befragten Abhilfemaßnahmen vorschlugen, verteilten sich die Antworten wie folgt:⁴

Tabelle 1 VORSCHLÄGE DER BEVÖLKERUNG ZUR VERBESSERUNG DER ERNÄHRUNGSSITUATION

Meinungsumfrage in Baden (September 1946)

Abschaffung der Zonengrenzen	20 %
Bessere Verteilung der Lebensmittel zwischen Franzosen und Deutschen und Verringerung der französischen Verwaltung	15 %
Kampf gegen den Schwarzen Markt	9 %
Bessere Organisation der Verteilung	8 %
Beendigung oder Verminderung der Besatzung	5 %
Verminderung der Zwangsexporte und Requisitionen	5 %
Verbesserung der Importsituation	5 %
Sonstige	7 %
Keine Antwort	36 %
	100 %

Auch unter dieser Fragestellung erschienen die Besatzungstruppen als die Hauptursache der Nachkriegsnot. Entscheidende Grundlagen gerade für solche Nachkriegsprobleme, welche die Bevölkerung am härtesten empfand und die bis heute die Beurteilung der Besatzungspolitik mit bestimmen, waren jedoch nicht nur durch die

² Charakteristisch dafür war beispielsweise ein Vortrag von August Wolters, in den Nachkriegsjahren Landtagspräsident in Rheinland-Pfalz, in Trier, 20. 10. 1983.

³ Sozial-Psychologisches Institut Baden-Baden, L'opinion publique en Allemagne. Enquête en Septembre 1946 dans le Bade, S. 6; AdO Colmar.

⁴ Ebd. Gewertet wurden die vorrangig angegebenen Vorschläge; Doppelantworten wurden getrennt ausgewertet.